

II.5 Die Beziehungen während des Suezkrieges 1956

Nachdem ein französisch-israelisches Bündnis gebildet und ein geheimes Waffenabkommen zwischen Israel und Frankreich bekannt geworden war, suchte auch Nasser dringend nach militärischer Unterstützung. Das britisch-ägyptische Verhältnis war, unter anderem, durch die Auffassungen des britischen Premierministers, Anthony Eden, belastet, der Nasser für jegliche antiwestliche Haltung in der arabischen Welt verantwortlich machte. Die USA, deren Interesse an der arabischen Welt zu diesem Zeitpunkt nicht so groß wie das Frankreichs oder Großbritanniens war, fürchteten um Nassers Neutralität im Kalten Krieg. Das US-ägyptische Verhältnis verschlechterte sich, als Nasser eine Annäherung an China suchte⁷⁹.

Auf der Reise zur Konferenz der blockfreien Staaten im April 1955 nutzte Nasser während eines Zwischenaufenthaltes in Rangun ein Gespräch mit dem chinesischen Staatsratsvorsitzenden und Außenminister Tschu En-Lai dazu, durch chinesische Vermittlung die ägyptischen Waffenwünsche in Moskau vorzutragen. Tschu-En-Lai übermittelte den Gesprächsinhalt an den sowjetischen Botschafter in Peking und da Nassers heftiger Widerstand gegen den Bagdad Pakt im Sinne der Sowjetunion lag, wurden schon am 21. Mai 1955 Gespräche über Waffengeschäfte mit dem sowjetischen Botschafter in Kairo geführt. Ab August 1955 wurden Verhandlungen in Prag fortgesetzt, und die Tschechoslowakei übernahm für die Sowjetunion die Abwicklung des Geschäfts⁸⁰. Im Februar 1955 bestätigte Nasser erstmals in der Öffentlichkeit den Abschluß des Waffengeschäfts, was die Westmächte im Herbst 1955 dazu zwang, ihre Nahostpolitik zu überprüfen. Dabei setzten die Vereinigten Staaten und Großbritannien drei Schwerpunkte. Erstens erkannten sie aufgrund der teilweise an der Grenze zu Israel stationierten Waffen die Notwendigkeit einer raschen friedlichen Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes. Zweitens waren sie entschlossen den Bagdad Pakt auszubauen, und drittens wollten sie einen neuen Anlauf unternehmen, mit Nasser im verstärkten Maße zusammenzuarbeiten, um somit mehr Einfluß auf Ägypten nehmen zu können⁸¹.

Mit dem geplanten Bau des Assuan-Dammes traten die Westmächte wieder in engeren Kontakt mit Nasser, nachdem sie bereits die Hoffnung aufgegeben hatten, ihn für ihr „Lager“ zu gewinnen. Im Februar 1956 wurde ein vorläufiges Abkommen formuliert, nach dem die Weltbank Ägypten einen Kredit von USD 200

⁷⁹ Vgl. Mansfield, 1992, S. 255-256.

⁸⁰ Vgl. Heikal, 1978, S. 53-58.

⁸¹ Vgl. Hünsele, 1990, S. 75.

Millionen garantieren würde, wenn die USA und Großbritannien weitere Finanzmittel in Höhe von USD 70 Millionen zur Verfügung stellen würden. Zunächst gefielen Nasser die Konditionen nicht, zu denen die USA und Großbritannien bereit waren, ihm das Geld zu leihen, da sie einige westliche Kontrollen über die ägyptische Wirtschaft beinhalteten. Nachdem Nasser sich dann letztendlich doch bereit erklärt hatte, das Angebot anzunehmen, zogen die USA es schlagartig mit der Begründung zurück, daß die ägyptische Wirtschaft nicht stabil genug sei⁸². Die eigentlichen Ursachen waren jedoch nicht wirtschaftlicher Natur. „Als Nassers seine Neutralitätspolitik unbeirrt fortsetzte, den jugoslawischen Präsidenten Tito auf Staatsbesuch in Ägypten feierte, bei der Entlassung des englischen Oberkommandierenden der jordanischen Armee, Glubb Pascha, vermutlich seine Hände im Spiel hatte und die Volksrepublik China diplomatisch anerkannte, zogen die USA, gefolgt von Großbritannien und der Weltbank im Juli 1956 ihr Angebot wieder zurück.“⁸³

Die Bundesrepublik drückte ihr Bedauern über die Absage aus, und Adenauer hielt es politisch für einen der schwersten Fehler, der im Nahen Osten von westlicher Seite aus gemacht werden konnte. Da für den Bau des Dammes mindestens zehn Jahre veranschlagt waren, hätte eine westlichen Finanzierung eine Stabilisierung des Nahen Ostens im westlichen Sinne bewirken können. Adenauer bedauerte, daß die Auswirkungen der westliche Finanzierungsabsage nicht genügend durchdacht waren⁸⁴. Weder Washington noch London hatten gegenüber ihren westdeutschen Verbündeten eine Erklärung darüber abgegeben, so daß die deutsche Regierung die Entscheidung und Nassers Reaktion darauf der internationalen Presse entnehmen mußte⁸⁵. Entsprechend Adenauers Vermutungen wurden die Auswirkungen der Kreditabsage bald sichtbar.

Im Juli 1956 verstaatlichte Nasser den Suez-Kanal, als unmittelbare Reaktion auf die Absage der USA und Großbritanniens für die Finanzierung des Assuan-Dammes, nachdem sich Großbritannien nicht wie vereinbart aus dem Kanal zurückgezogen hatte. Die Bundesrepublik sah sich seit Beginn der Suez Krise in einer schwierigen Situation, zwischen den Verbündeten Frankreich und Großbritannien einerseits und Ägypten und den dahinter stehenden arabischen Staaten andererseits. „Angesichts der bedeutenden westdeutschen Wirtschaftsinteressen im arabischen Raum [...] kam für Bonn eine zu deutliche

⁸² Vgl. Mansfield, 1992, S. 256.

⁸³ Büttner, 2000, S. 231.

⁸⁴ Vgl. Abediseid, 1976, S. 107-108.

⁸⁵ Vgl. Berggötz, 1998, S. 380.

Identifikation mit den geschädigten Westmächten genausowenig in Frage, wie eine völlige Distanzierung zu London und Paris.“⁸⁶

Zum bundesdeutschen Interesse während der Suez-Krise gehörte die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches. Dieses wurde durch eine Beschwerde Bonns während der ersten Londoner Konferenz deutlich, auf der die Bundesrepublik als Benutzer des Suez-Kanals eingeladen war und nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das 1888 die Konvention von Konstantinopel über den Suez-Kanal unterzeichnet hatte. Dies führte zu einer Beschwerde Bonns gegenüber Großbritanniens, die aber erfolglos war, da vermieden werden sollte, auch die Ostblockstaaten des Balkans als Nachfolger Österreich-Ungarns einzuladen. London verweigerte aber einer DDR-Delegation die Reisevisa, so daß nur die Bundesrepublik an der Kanalkonferenz teilnahm⁸⁷. Zudem befürchtete Bonn, daß Ägypten die DDR anerkennen würde und dieses eine Kettenreaktion unter den anderen arabischen Staaten auslösen könnte. Bonn versuchte dem mit einer Mischung von wirtschaftlichem Einfluß und vorsichtigem Taktieren sowie, für den schlimmsten Fall, mit der Drohung des Abbruchs der Beziehungen zu entgehen⁸⁸.

Zur Londoner Konferenz nicht eingeladen wurden auch die arabischen Staaten (Syrien, Libanon, Saudi Arabien, Jordanien, Sudan, Libyen, Jemen, Irak, Marokko und Tunesien). Ägypten entsandte keinen Delegierten, sondern lediglich einen Beobachter und Griechenland blieb als einziges eingeladenes Land der Konferenz fern. „Alle Teilnehmerstaaten hatten ein gemeinsames Interesse an der ungehinderten Benutzung des Kanals; in der Frage der ägyptischen Souveränität der Benutzung des Suez Kanals entwickelte sich ein Dissens.“⁸⁹ Als Ergebnis der Konferenz, wurde eine Delegation gebildet (ihr gehörten Vertreter aus Australien, Äthiopien, Iran, Schweden und den Vereinigten Staaten an), die die Bereitschaft Ägyptens sondieren sollte und in Verhandlungen über Vorschläge der Londoner Konferenz eintreten sollte. Zwischen dem 3. und 9. September fanden in Kairo mehrere Verhandlungsrunden statt, ohne einen Erfolg zu erzielen. Am 12. September 1956 gaben der französische Ministerpräsident Mollet und sein britischer Amtskollege Eden bekannt, daß sie drei Beschlüsse gefaßt hätten „1. Bildung einer Vereinigung der Kanal-Benutzer (Suez Canal Users Association SCUA); 2. Anrufung des UN-Sicherheitsrates; 3. Abberufung der Lotsen, die noch für die Suez Kanal Gesellschaft auf dem Kanal tätig waren.“⁹⁰

⁸⁶ Berggötz, 1998, S. 376.

⁸⁷ Vgl. Berggötz, 1998, S. 379.

⁸⁸ Vgl. Berggötz, 1998, S. 379.

⁸⁹ Hünseler, 1990, S. 81.

⁹⁰ Hünseler, 1990, S.82.

Auf der zweiten Londoner Konferenz, Ende September 1956 wurde die Position Großbritanniens und Frankreichs wesentlich geschwächt, da es ihnen nicht gelungen war, die Zahlung der Kanalgebühren an die SCUA durchzusetzen und auch die Abberufung der Lotsen den Kanalverkehr nicht zum Erliegen gebracht hatte⁹¹.

Am 29. Oktober 1956 griff Israel die Sinai-Halbinsel und den Gaza Streifen an. Israel rechtfertigte den Angriff später damit, daß ein ägyptischer Angriff auf Israel unmittelbar bevorstand. Es ist allerdings eher auszuschließen, daß Ägypten zu diesem Zeitpunkt erwogen hat, Israel anzugreifen, da ein britisch-französisches Eingreifen nicht auszuschließen gewesen wäre. Für Israel standen wohl eher die gescheiterten Bemühungen zu einer Verständigung mit dem wichtigsten arabischen Staat, Ägypten, und das weitere Aufrüsten Ägyptens und Syriens mit Hilfe des kommunistischen Blocks im Vordergrund⁹².

Am darauffolgenden Tag setzten Großbritannien und Frankreich den kriegführenden Parteien Ägypten und Israel das Ultimatum, ihre Truppen bis zum 31. Oktober auf eine Entfernung von zehn Meilen vom Suez Kanal zurückzuziehen. Israel, dessen Truppen ohnehin noch weiter als zehn Meilen vom Kanal entfernt waren, willigte ein. Nasser lehnte ab und befahl seine Truppen an den Suez-Kanal zurück. Als das Ultimatum am 31. Oktober auslief, begannen britische und französische Truppen anzugreifen und zerstörten die gesamte ägyptische Luftwaffe bis auf die Flugzeuge, die aus Sicherheitsgründen nach Syrien gebracht worden waren. Am 5. November 1956 landeten englische und französische Truppen in Port Said, das sie zuvor durch Luftangriffe stark zerstört hatten, nahmen die Stadt ein und schlugen sich südlich bis zum Kanal durch, den die Ägypter mit versenkten Schiffen blockiert hatten⁹³.

Während die Bundesrepublik zunächst annahm, daß ihre direkten Interessen durch die Verstaatlichung des Suez-Kanals nicht gefährdet waren, mußte nach Berechnung des Auswärtigen Amtes im Falle einer dauerhaften Blockierung des Suez-Kanals mit einer Erhöhung der Frachtraten um das Vierfache gerechnet werden. Da der zunehmende Handel der Bundesrepublik nach Südostasien durch den Kanal lief, war dieser von immensem wirtschaftlichen Interesse⁹⁴.

Ende 1956 drohte das Verhältnis Bonns zu Kairo einzufrieren, nachdem die ägyptische Botschaft in ihrem monatlichen Bulletin kritisiert hatte, daß Bundesaußenminister Heinrich v. Brentano die Abtretung bestimmter ägyptischer

⁹¹ Vgl. Hünsele, 1990, S.83.

⁹² Vgl. Hünsele, 1990, S.83.

⁹³ Vgl. Mansfield, 1992, S. 257.

⁹⁴ Vgl. Berggötz, 1998, S. 376.

Souveränitätsrechte zugunsten der internationalen Kanalbehörde befürwortete. Die daraus resultierende Diskussion zwischen dem Auswärtigen Amt und der ägyptischen Vertretung wurde durch den Wechsel des ägyptischen Botschafters in Bonn noch erschwert. Ägypten versuchte, deutsche Lotsen für den Suez-Kanal anzuwerben, nachdem Großbritannien seine Lotsen von dort abgezogen hatte. „Auf Drängen Londons ergriff die Bundesregierung tatsächlich Gegenmaßnahmen: Das Auswärtige Amt ersuchte - mit persönlicher Genehmigung des Bundeskanzlers - den Bundesinnenminister, die Ausstellung von Pässen an ausreisewillige Lotsen, wegen Gefährdung erheblicher Belange der Bundesregierung zu verweigern.“⁹⁵ Die Situation beruhigte sich jedoch nach dem Antrittsbesuch des neuen ägyptischen Botschafters in Bonn wieder. Ägypten, das die Beziehungen zu Bonn aufrecht erhalten wollte, bemühte sich, auf die Bundesrepublik einzuwirken⁹⁶.

Die Zurückhaltung Bonns, die auch in der Regierungserklärung vom 8. November 1956 zum Ausdruck kam, zeigte, daß die Bundesregierung jede Parteinahme mit dem englisch-israelisch-französischen Vorgehen ablehnte⁹⁷.

In einer Stellungnahme aller Parteien im Bundestag am 8. November 1956 brachten diese zum Ausdruck, daß sie kein Verständnis für die militärische Intervention hätten, eine ausdrückliche Verurteilung Israels erfolgte jedoch nicht⁹⁸. Diese Haltung war Beweis für den Balanceakt in der Nahostpolitik Deutschlands. Ein weiteres Indiz für die schwierige Lage der Bundesrepublik während der Suez-Krise war der Besuch Adenauers in Paris am 6. November 1956, der bereits während des Aufenthalts des französischen Ministerpräsidenten in Bonn im September geplant worden war. Er stand im Zeichen der Ratifizierung des Saar-Abkommens durch die französische Nationalversammlung. Adenauer hielt eine Absage wegen der Neutralitätshaltung Deutschlands im Suez-Konflikt für ungeeignet, da die deutsch-französische Aussöhnung nicht gefährdet werden sollte⁹⁹. Im Abschlußkommuniqué widersprach Adenauer jedoch einer Formulierung, „die den völligen Einklang zwischen der Bundesrepublik und Frankreich betont hätte – und vor allem sorgte er dafür, daß diese Maßnahme in London und Washington bekannt wurde.“¹⁰⁰

⁹⁵ Berggötz, 1998, S. 484.

⁹⁶ Vgl. Berggötz, 1998, S. 384-385.

⁹⁷ Vgl. Abediseid, 1976, S. 111.

⁹⁸ Vgl. Abediseid, 1976, S. 114.

⁹⁹ Berggötz, 1998, S. 395-399.

¹⁰⁰ Berggötz, 1998, S. 399.

Am 4. November beschloß die UN-Vollversammlung, eine UN Emergency Force, zur Überwachung des Waffenstillstandes einzusetzen. Am 6. November 1956 akzeptierten Frankreich und Großbritannien den Waffenstillstand. Israel wollte den Krieg nicht alleine weiterführen¹⁰¹.

Die mit dem Ausgang der Suezkrise verbundene „Vertreibung der Kolonialmächte (England und Frankreich) aus dem Nahen Osten bedeutete eine relative Stärkung des amerikanischen und deutschen Einflusses in diesem Gebiet.“¹⁰² Der Bundesrepublik war es gelungen, ohne auf der politischen Bühne in Erscheinung zu treten, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Kairo auszubauen¹⁰³. Dieses wurde durch die Erneuerung eines deutschen Angebotes für den Bau des Assuan-Staudammes und durch die Ausrichtung einer Industriemesse in Kairo 1957 deutlich¹⁰⁴ sowie durch den Abschluß weiterer Abkommen: 1958 ein Wirtschaftsabkommen, 1959 ein Doppelbesteuerungsabkommen, 1960 ein Luftverkehrsabkommen, 1963 ein Kapitalhilfeabkommen und ein Regierungsabkommen über Entwicklungshilfe sowie 1964 ein Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit¹⁰⁵.

Die Bundesrepublik versuchte sich seit 1957 in ägyptischen Industriebereichen wieder in Erinnerung zu rufen, um so kommunistische Einflüsse in Ägypten einzudämmen¹⁰⁶. Ihr erfolgreiches wirtschaftliches Engagement wäre jedoch nicht ohne amerikanische Unterstützung möglich gewesen¹⁰⁷. Die USA hatten zur Eindämmung des Kommunismus 1957 die Eisenhower-Doktrin verkündet, welche den „Internationalen Kommunismus“ als Gefahr für den Nahen Osten darstellte und den Ländern, die sich ihm widersetzen, finanzielle Unterstützung versprochen¹⁰⁸. Im Rahmen der Eisenhower-Doktrin wurde 1957 eine amerikanische Delegation in die Bundesrepublik geschickt, die sich mit Politikern, Bankiers und Industriellen traf, bevor sie sich auf eine Inspektionsreise durch mehrere Länder des Nahen Ostens begab. Ziel dieser deutsch-amerikanischen Besprechung war es, die wirtschaftlichen Positionen, die England und Frankreich nach dem Suez-Krieg aufgeben mußten, zu retten¹⁰⁹, um somit den kommunistischen Einfluß einzudämmen.

¹⁰¹ Vgl. Mansfield, 1992, S. 257.

¹⁰² Abediseid, 1976, S. 115.

¹⁰³ Vgl. Berggötz, 1998, S. 403.

¹⁰⁴ Vgl. Abediseid, 1976, S. 117.

¹⁰⁵ Vgl. Kramer, 1974, S. 227.

¹⁰⁶ Vgl. Abediseid, 1976, S. 117.

¹⁰⁷ Vgl. Abediseid, 1976, S. 118.

¹⁰⁸ Vgl. Mansfield, 1992, S. 260-261.

¹⁰⁹ Vgl. Abediseid, 1976, S. 120.

Auch auf kulturellem Gebiet war die Bundesrepublik nach dem Suez-Krieg in Ägypten engagiert. 1957 wurde das Deutsche Archäologische Institut wieder gegründet. Die Unterstützung dreier deutscher Schulen in Ägypten war ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Zusammenarbeit. 1959 wurde zwischen der Bundesrepublik und Ägypten ein Kulturabkommen abgeschlossen und im darauffolgenden Jahr das Deutsche Kulturinstitut in Alexandria eröffnet. 1961 folgte die Eröffnung einer Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Kairo. Von 1955 bis 1962 hielten zahlreiche deutsche Wissenschaftler Gastvorlesungen an ägyptischen Universitäten und an nationalen Forschungsinstituten in Kairo¹¹⁰.

¹¹⁰ Vgl. Kramer, 1974, S. 232- 234.